Tischvorlage

Beilage
zur Einladung für die
Sitzung des Stadtrats am 13.04.2005

Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
hier: Angemessenheitsprüfung der Mietaufwendungen und
Sachstandsbericht zur Situation der Arge

A n m e l d u n g
zur Tagesordnung für die Sitzung
des Stadtrats
am 13.04.2005
- öffentlicher Teil -

I. Sachverhalt:

1. Aktueller Anlass

Am 18.03.2005 ging beim Referat für Jugend, Familie und Soziales ein Schreiben der Aktionsgemeinschaft Nürnberger Arbeitsloser ANA ein, in dem das Verfahren der Arge bei der Angemessenheitsprüfung der Mietaufwendungen dargestellt und problematisiert wurde. Dieses Schreiben ging ebenfalls an den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Arbeitsagentur Nürnberg sowie an die Geschäftsführung der Arge und an die Medien. Den Medien wurde das Schreiben zugeleitet und die aufgeführten Fälle auf einer Pressekonferenz der ANA vorgestellt. Die ANA kritisiert den Umgang der Arge Nürnberg mit Mietaufwendungen, die den angemessenen Umfang übersteigen. Dabei entstand in der Öffentlichkeit der Eindruck, Nürnberger Bürger würden massenhaft zum Umzug genötigt.

Diesen Vorgang und die Presseberichterstattung nahm der Mieterverein Nürnberg und Umgebung e. V. zum Anlass für einen „offenen Brief“, mit einer Reihe von Vorwürfen gegen die Arge Nürnberg und auch die Stadt Nürnberg, denn nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB II ist die Stadt Nürnberg u. a. zuständig für Leistungen der Unterkunft nach § 22 SGB II.

Durch Herrn Ref. V wurde innerhalb des eigenen Geschäftsbereichs und mit der Geschäftsführung der Arge eine Klärung des Sachverhalts veranlasst und in Absprache mit der Geschäftsführung der Arge eine Stellungnahme am 23.03.05 in Form einer Pressemitteilung abgegeben. Ziel dieser Presseerklärung war, dem in der Öffentlichkeit erweckten Eindruck der automatisierten, massenhaften Überprüfung der Mietobergrenzen und der Verunsicherung der Betroffenen entgegenzutreten. Gleichzeitig veranlasste die Geschäftsführung der Arge eine Überprüfung des Verfahrens.

Diese Stellungnahmen führten zu weiteren Reaktionen:

So bat die SPD-Stadtratsfraktion am 23.03.05 um einen Bericht und forderte die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 01.04.05 eine Behandlung im Ausschuss. Am 04.04.05 stellte die Stadtratsfraktion der CSU eine umfangreiche Anfrage nicht nur zu den Anweisungen, nach denen die Angemessenheitsprüfung von Unterkunftskosten der Arge Nürnberg erfolgt, sondern auch zu der Situation der Arge Nürnberg insgesamt.

2. Erstes Resümee zum Start der Arge

Grundsätzlich ist anzumerken:

Die Geschäftsführung entscheidet über die fachliche Aufgabenwahrnehmung in der Arge Nürnberg und ist gemäß § 7 Abs. 2 der Vereinbarung ausschließlich der Trägerversammlung gegenüber berichtspflichtig. Die Trägerversammlung bestimmt hingegen die strategischen Leitlinien der Arge im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Sie besteht aus dem Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und dem Vorstandsvorsitzenden der Agentur für Arbeit Nürnberg sowie bis zu vier weiteren Vertretern beider Vertragspartner. Auf städtischer Seite sind dies Herr Ref. I/II, Herr Ref. V, Herr SHA/D und der stellvertretende Geschäftsführer der Arge.

In der Gründungssitzung am 03.01.05 wurde u. a. die Geschäftsführung bestellt. In der Sitzung am 22.02.05 wurden u. a. das Arbeitsmarktprogramm, die Einrichtung eines Beirats, der Kapazitäten- und Qualifikationsplan beschlossen.

In der für den 13.05.05 terminierten Trägerversammlung ist die Behandlung der Wirtschafts- und Finanzplanung sowie ein Bericht zur Angemessenheitsprüfung der Mietaufwendungen vorgesehen.

Der Start der Arge in Nürnberg ist insgesamt gesehen gelungen.

So berichtete die Geschäftsführung in der Trägerversammlung am 22.02.05 bereits zu folgenden Schwerpunktthemen:

- Einführung und Stabilisierung der Ablauforganisation
- Erarbeiten einer sicheren Datenbasis
- Beginn intensiver Integrationsbemühungen für die AIG II-Kunden mit besonderer Konzentration auf die arbeitslosen Jugendlichen
- Sicherstellung der Leistungsgewährung und laufende Verbesserung der Leistungsbescheide

Obwohl die räumlichen und technischen Voraussetzungen noch nicht vorhanden waren und auch das Personal nicht vollständig zur Verfügung stand, ist das oberste Ziel, dass alle Leistungsberechtigten ohne nennenswerte Verzögerungen ihre monetären Leistungen erhalten, erreicht worden.

2.1 Kundenkreis

Nach der Schätzung des IAB auf der Datenbasis vom 31.12.03 sollten in die Betreuung der Arge Nürnberg ca. 9.900 Bedarfsgemeinschaften aus dem Arbeitslosenhilfebezug und 10.900 aus dem Sozialhilfebezug, insgesamt somit 20.800 Bedarfsgemeinschaften, gelangen.

Die tatsächliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften lag im Januar 2005 bei 22.904. Sie erhöhte sich im Februar 2005 auf 24.306 und im März 2005 auf 25.365

Bedarfsgemeinschaften. Auch zukünftig wird sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften um monatlich mehr als 1.000 vergrößern, da bei monatlich ca. 1.400 Bezugsberechtigten das Arbeitslosengeld I endet.

2.2 Personal

Anzahl

Von den 345 Mitarbeitern der Arge Nürnberg kommen 145 von der Stadt, 100 von der Agentur, 60 von der Amtshilfe. Zusätzlich wurden 15 Mitarbeiter befristet eingestellt. Außerdem arbeiten 25 Fallmanager bei der NOA.

In etwa zu gleichen Teilen arbeiten ca. 145 Mitarbeiter im Bereich Leistung und Vermittlung. Davon kommen 65 Mitarbeiter aus dem Bereich der Leistung von der Stadt und 55 Mitarbeiter aus dem Bereich der Vermittlung.

Der quantitative Aspekt wird durch die im Vergleich zur Ausgangssituation seither gestiegenen Fallzahl sowohl im Vermittlungs- und im Leistungsbereich deutlich.

Die Personalkapazität errechnete sich aufgrund der zum 31.12.03 durch das IAB ermittelten voraussichtlichen Bedarfsgemeinschaften von 20.800.

Die realen Zahlen vom März 2005 liegen jedoch bei 25.365 Bedarfsgemeinschaften. Eine Verbesserung der Personalausstattung zur Jahresmitte wurde von der BA-Seite schon signalisiert.

Die Stadt stellt Personal für die den KdU-Anteil in einem Fallverhältnis von 1 : 800 zur Verfügung. Andere Städte gehen von wesentlich kleineren Fallschlüsseln aus (z. B. 1: 600).

Der qualitative Aspekt ist geprägt durch den Einsatz und die Vorerfahrung der Mitarbeiter. Von im BSHG eingearbeiteten und erfahrenen SHA-Mitarbeitern wurde mehr als ein Drittel in den Vermittlungsbereich überführt. Trotz guter Kenntnisse im Bereich der Kommunikation und der sozialen Integration besteht ein erheblicher Schulungsbedarf bzgl. der Arbeitsmarktintegration.

Die verbleibenden Mitarbeiter/innen aus dem Sozialamt stellen ca. die Hälfte der Leistungssachbearbeiter. Die andere Hälfte setzt sich in etwa zu gleichen Teilen aus bisherigen Leistungssachbearbeitern der Agentur und so genannten Amtshilfekräften zusammen. Letztere sind verbeamtete Angehörige ehemaliger Bundesbehörden oder ihrer Nachfolgeorganisationen, die nicht zwangsläufig über eine Verwaltungsausbildung verfügen oder Kenntnisse im Sozialrecht. Die Leistungssachbearbeiter der Agentur hatten mit dem SGB III ein zum jetzigen sehr unterschiedliches Arbeitsgebiet und eine völlig andere Aufbauorganisation. Es handelt sich in vielen Fällen nicht um Ganzheitssachbearbeiter, sondern um Angehörige des mittleren Dienstes, die gewohntermaßen einem Anordnungsbefugten zuarbeiten.

Die Geschäftsführung der Arge Nürnberg ist sich jedoch sicher, alle Mitarbeiter der Arge innerhalb der nächsten Monate ausreichend qualifizieren zu können.

2.3 Organisation der Arge in der Übergangszeit und Verortung

Bis zum Bezug der einzelnen Räumlichkeiten der Arge wurden die SGB II-Kunden, die vormals Sozialhilfe bezogen, an den SHA/2-Außenstellen betreut, ehemalige Alhi-Bezieher und Neukunden hingegen am Richard-Wagner-Platz. Der Bereich Vermittlung war von der Agentur für Arbeit übernommen worden. Die zwei größten Standorte im Süden (Platenstr.) und Westen (Nicolaistr.) sind seit Mitte bzw. Ende März bezogen und haben dort ihre Arbeit aufgenommen. Ebenfalls erfolgt die Betreuung der Sondergruppen (U 25, Rehabilitanden) am Richard-Wagner-Platz ab 12.04.05 unter den vorgesehenen Bedingungen.

Aufgrund von Umbauarbeiten in der Fichtestr. 45 ist der Leistungsbereich des Standortes Nord für ca. 10 Wochen in die Rothenburger Str. 45 ausgelagert; der Bereich

Vermittlung findet an den Standorten Süd und West statt.

2.4 Kundenreaktion

Zum Stand 01.04.05 wurden 1.065 Widersprüche eingelegt, davon richteten sich ca. 600 gegen die Anrechnung von Einkommen bzw. Vermögen, und ca. 300 betreffen die Kosten der Unterkunft.

Von über 200 bearbeiteten Widersprüchen wurde einem Drittel ganz oder teilweise stattgegeben, mehr als die Hälfte abgelehnt, und der Rest erledigte sich im Verlauf des Verfahrens.

2.5 Finanzielle Entlastungen für die Stadt Nürnberg

Zum 1. März 2005 wurde eine erste Erhebung zu den Überprüfungs- und Anpassungskriterien zum SGB II (Revisionsklausel nach § 46 SGB II) bundesweit durchgeführt. Aufgrund der unsicheren Datenlage erfolgte auf Initiative des Deutschen Städtetags nochmals eine Erhebung zum 15.03.2005. Bei dieser Abfrage wurden als Datenbasis die Ausgaben für die Zeit von 01.01. bis 15.03.2005 herangezogen.

Nach dem Berechnungsverfahren der Arbeitsgruppe „Revision“ der Kommunalen Spitzenverbände und der Länder würden sich für das Stadtgebiet Nürnberg auf Basis der Abfrage zum 15.03.2005 Einsparungen im Leistungsbereich der kommunalen Träger in Höhe von 33,5 Mio. Euro errechnen. Hiervon entfallen 24,2 Mio. Euro auf den Bezirk Mittelfranken als überörtlichen Träger und 9,5 Mio. Euro auf die Stadt Nürnberg als örtlichen Träger der kommunalen Leistungen nach dem SGB II.

Weiterhin wird die Stadt Nürnberg voraussichtlich noch rund 7,5 Mio. Euro an Personal- und Sachkostenerstattungen für in der Arge zusätzlich eingesetzte kommunale Mitarbeiter erhalten. Nach der Revisionsberechnung kann somit – unter Berücksichtigung der pauschalen Aufteilung zwischen örtlichem und überörtlichem Träger – von einer Entlastung der Stadt Nürnberg von insgesamt rund 17 Mio. Euro ausgegangen werden.

3. Umgang mit unangemessenen Mietaufwendungen

Zu den von der ANA und dem Mieterverein Nürnberg und Umgebung in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfen hat sich Ref. V mit der erwähnten Stellungnahme und in einem Brief geäußert.

Nach § 3 Abs. 3 der Arge-Vereinbarung überträgt die Stadt der Arge u. a. die Wahrnehmung der Leistungen für Unterkunft und Heizung; dies bedeutet, dass die Arge Nürnberg operativ die Vorgaben der Stadt Nürnberg umsetzt.

Sie selbst hat keine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten dieser Leistungen.

Bei der Umsetzung entscheidet sie jedoch im vorgegebenen rechtlichen Rahmen durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und interne Richtlinien.

3.1 Anzahl der direkt Betroffenen

In der Pressemitteilung konnte noch keine Aussage bzgl. der Anzahl der versandten kritisierten Schreiben gemacht werden. Inzwischen wurde bei den Sachbearbeiter/innen der Arge erhoben, in wie vielen Fällen das kritisierte Schreiben mit den Hinweis auf zu hohe Kosten der Unterkunft versandt wurde. Im Zuge der routinemäßigen

Sachbearbeitung wurden im Zeitraum vom 01.01.2005 bis 23.03.2005 ca. 250 AIG II-Bezieher durch die Sachbearbeiter/innen der Arge angeschrieben. Dieses Anschreiben stand als Formblatt (235a mog_überschritten (siehe Anlage)) offiziell sowohl der Arge Nürnberg zum Vollzug des SGB II als auch der Stadt Nürnberg, Sozialamt, zum Vollzug des SGB XII zur Verfügung. Es wurde entwickelt, da das über A2LL zur Verfügung stehende Formblatt (siehe Anlage) als zu schwer handhabbar eingeschätzt wurde. Durch das Bemühen, das Schreiben einfacher zu formulieren, ist es zwangsläufig zu Verkürzungen gekommen und es wurden Formulierungen verwendet, die das Anliegen nicht ausreichend präzise darstellten und deshalb zu Missverständnissen führen konnten.

Am 23.03.05 wurde die weitere Verwendung dieses Schreibens durch die Geschäftsführung der Arge auf Bitte von Ref. V eingestellt.

An dieser Stelle ist aber darauf hinzuweisen, dass ähnliche Anschreiben seit Jahren zum Vollzug des BSHG bzw. der RegelsatzVO ohne jede Beanstandung in Gebrauch des Sozialamtes verwendet wurden; allerdings wurden die Betroffenen regelmäßig hierzu angehört, was seit der Einführung von AIG II angesichts der Kürze der Zeit und der oben beschriebenen Startbedingungen in den meisten Fällen noch nicht möglich war. Es muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass sich materiell-rechtlich durch die neue rechtliche Grundlage gegenüber dem BSHG nur die zeitlich begrenzte Bestandsschutzregelung für regelmäßig sechs Monate ab 01.01.05 geändert hat, die vorher zwar nicht gesetzlich verankert, aber gängige Rechtsprechung war.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt noch keine Zahl darüber vor, wie viele AIG II-Bezieher über den Mietobergrenzen liegen. Für den Bereich der ehemaligen Sozialhilfebezieher dürfte diese insofern unproblematisch sein, als diese aufgrund der oben geschilderten Praxis aus dem BSHG entweder bereits in angemessenen Wohnungen leben oder die Differenz von tatsächlichen zu angemessenen Unterkunftskosten selbst tragen.

Es ist daher zu vermuten, dass es sich bei den in der Öffentlichkeit diskutierten Fällen, vor allem um ehemalige Arbeitslosenhilfebezieher/innen handeln dürfte. Die exakte Zahl und regelmäßige Höhe der Unterkunftskosten ist der Arge Nürnberg derzeit nicht bekannt. Hier ist eine größere Zahl an Fällen zu vermuten.

In Ziffer 2.3 wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Arbeit der Arge Nürnberg bis heute noch nicht im Sinne der ursprünglichen Planung, der Aufbau und Ablauforganisation (z. B. Tandems mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Stadt und Agentur) umgesetzt werden konnte, sondern dass Zwischenlösungen erforderlich waren. Mitarbeiter/innen wurden bundeseinheitlich im Zahlbarmachungsprogramm A2LL geschult, haben Zugriff auf die Hinweise und die Wissensdatenbank der Agentur. Zusätzlich wurden die Arge-Mitarbeiter mit Herkunft Agentur in die „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II unter der Trägerschaft der Stadt Nürnberg“ durch die Rechtsstelle des Sozialamtes eingeführt. Angesichts der aufgetretenen Schwierigkeiten und der begrenzten Routine von Mitarbeiter/innen, die nicht aus dem Sozialamt kommen, wurde die Geschäftsführung der Arge durch Herrn Ref. V gebeten, im Einvernehmen mit dem Sozialamt die Arbeitsanweisung weiter zu differenzieren und zu präzisieren. Inzwischen liegt ein Vorschlag zum Umgang mit Aufwendungen für die Unterkunft, die den angemessenen Umfang übersteigen, vor, der sich derzeit in Abstimmung befindet.

Kernstücke dieser Anpassung sind unter anderem folgende Präzisierungen:

Alter der Wohnung

Ist eine Wohnung umfassend modernisiert worden, kann das Jahr der Modernisierung für die Angemessenheit der Miete zugrunde gelegt werden. Dies ist der Fall bei der vollständigen Erneuerung von Fenstern, Elektro- und Sanitärausstattung, Heizung sowie Wärmedämmung. Dies war bisher nur bei Kernsanierungen möglich gewesen.

Aufforderung zum Wechsel der Wohnung

Wäre der Wechsel der Wohnung das einzig mögliche Mittel, gibt der Hilfebedürftige jedoch an, den unangemessenen Teil der Unterkunftskosten selbst tragen zu wollen, ist zu prüfen, ob er hierzu objektiv in der Lage ist. Dies kann unterstellt werden, solange er den Zuschlag nach § 24 SGB II erhält, wenn er über nicht anzurechnendes Einkommen bzw. entsprechende Einkommensfreibeträge verfügt oder höchstens 10 % der Regelleistung(en) hierfür aufgewandt werden müssen. Dies war in der bisherigen BSHG-Praxis nicht möglich.

3.2 Rechtliche Bedeutung

Für die Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II ist nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB II der kommunale Träger zuständig, somit die Stadt Nürnberg. Sie trägt in Verbindung mit dem Bezirk Mittelfranken (Delegation nach dem AGSGB) generell die Finanzverantwortung; der Bund beteiligt sich nach Maßgabe des § 46 Abs. 6 SGB II. Insofern ist die Stadt Nürnberg zuständig für die Ermittlung und Festsetzung der Mietobergrenzen und den Erlass diesbezüglicher interner Richtlinien.

§ 22 SGB II orientiert sich überwiegend an den bisher geltenden sozialhilferechtlichen Regelungen über die Übernahme der Kosten für Unterkunft; dabei entsprechen die einzelnen Absätze voll oder im Wesentlichen den einzelnen Absätzen des § 3 RegelsatzVO. Insofern kann und muss auf die Grundsätze der bisherigen Rechtsprechung zurückgegriffen werden.

Grundsicherungsrechtlich angemessen sind die Unterkunftskosten dann, wenn sie das Produkt aus der angemessenen Wohnungsgröße mit dem angemessenen Quadratmeterpreis nicht überschreiten.

Die Angemessenheit der Wohnfläche beurteilt sich durch einen Rückgriff auf die Verwaltungsvorschriften der einzelnen Bundesländer über die Angemessenheit von Wohnungsgrößen im sozialen Wohnungsbau.

Bei der Angemessenheit des Quadratmeterpreises genügt ein Abstellen auf die Werte des § 8 WoGG dann nicht, wenn ein qualifizierter Mietenspiegel vorliegt.

Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Mietaufwendungen ist dann nicht auf den jeweiligen örtlichen Durchschnitt aller gezahlten Mietpreise, sondern auf die im unteren Bereich der für vergleichbare Wohnungen am Wohnort des Hilfebedürftigen marktüblichen Wohnungsmieten abzustellen, wobei gute Wohnlagen schon vorab als unangemessen auszuscheiden sind (BVerwG vom 17.11.1994 – 5 C 11/93 = BVerwGE 97, 110).

Zu diesem rechtlichen Rahmen aus Gesetzgebung und Rechtsprechung wurden stadtinterne Festlegungen zu den angemessenen Unterkunftskosten entwickelt, die – wie bisher auch die Bestimmungen zu den vormaligen Mietobergrenzen – als Geschäft der laufenden Verwaltung begriffen wurden.

Grundüberlegung zur Neuorientierung am Mietenspiegel war, auch Langzeitarbeitslosen nicht den Zugang zu Teilen des Wohnungsmarktes – insbesondere zu den Neubauten im sozialen Wohnungsbau - zu verwehren. Durch die Orientierung am Nürnberger Mietenspiegel 2004 wird nach objektiven Kriterien differenziert, die den Nürnberger Wohnungsmarkt widerspiegeln. Keinesfalls war beabsichtigt, Einsparungen im Bereich der Kosten der Unterkunft zu erzielen, auch wenn es in Einzelfällen zu niedrigeren Mietoberbeträgen gekommen ist. Durch die Mietobergrenze als Produkt von angemessener Wohnungsgröße und angemessenem Quadratmeterpreis kann der AIG II-Bezieher individuelle Entscheidungen treffen bzgl. Größe und Qualität einer anzumietenden Wohnung.

Der Nürnberger Mietenspiegel 2004 differenziert sechs Baualtersklassen, drei Wohnflächen und drei Wohnqualitätsstufen. Für die Festsetzung der Nürnberger Mietobergrenze wurden die drei ältesten Baualtersklassen zusammengefasst und nur die Wohnqualitätsstufen „einfach“ und „normal“ berücksichtigt.

Der untere Bereich wird dadurch festgesetzt, indem ein Sechstel (= hälftige Mitte des unteren Bereichs) der angegebenen Spanne aus den Qualitätsstufen „einfach“ und „normal“ auf den niedrigsten Quadratmeterpreis aufgerechnet wird.

Dies soll an dem in den Medien verbreiteten Beispiel der 29 qm großen Wohnung mit Baujahr 1965 verdeutlicht werden: Die Spanne im Mietenspiegel liegt hier zwischen 4,60 und 6,80 €/qm.

Die Differenz beträgt somit 2,20 €; ein Sechstel hieraus sind 0,37 €; somit beträgt der angemessene Quadratmeterpreis 4,97 € (4,60 + 0,37).

Da der Nürnberger Mietenspiegel nur Nettokaltmieten ausweist, musste hinsichtlich des durchschnittlichen Betriebskostenwertes hilfsweise auf die Umlagenabrechnung 2002 der wbg Nürnberg zurückgegriffen werden. Im Mietenspiegel 2004 war hier ein Wert von 1,00 bis 1,20 € genannt worden, sodass die Festlegung auf 1,03 € im unteren Bereich erfolgte. In dem genannten Beispiel sind somit 6,00 €/qm angemessen. Bei 29 qm wären dies somit 174,- €.

Da allerdings eine Wohnfläche von 45 qm angemessen ist, beträgt die ab 01.01.2005 geltende typisierte Mietobergrenze 270,- €. Bis 31.12.2004 wären für diese Wohnung im übrigen nicht 288,- € als angemessen angesehen worden, sondern höchstens 8,- €/qm, also 232,- €.

Zusätzlich soll verhindert werden, dass das Mietenniveau in Nürnberg insgesamt steigt. Deswegen prüft der Sachbearbeiter außerdem, ob die Miete innerhalb der Spannweite des Nürnberger Mietenspiegels liegt. Dies sind – wie oben bereits benannt - 6,80 € netto oder 7,83 € brutto. Bei 29 qm sind dies 227,07 €; ein Zuschlag für Kleinwohnungen wird hierbei nicht anerkannt. Für die genannte Wohnung wurden jedoch 309,60 €, bzw. 10,68 €/qm verlangt: dies sind mehr als 36 Prozent über dem, was die Stadt Nürnberg bzw. Arge Nürnberg hätte anerkennen dürfen.

Aus dem angemessenen Quadratmeterpreis, dem angemessenen Betriebskostenwert und der angemessenen Wohnfläche wurden die seit 01.01.2005 in Nürnberg geltenden typisierten Mietobergrenzen gebildet. Die Angemessenheit der Unterkunft beurteilt sich weiterhin nach den individuellen Verhältnissen des Einzelfalles, insbesondere nach der Zahl der Familienangehörigen, nach ihrem Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand. Die Möglichkeit des Abweichens besteht aber nur mit Rücksicht auf die individuelle Bedarfslage des Hilfebedürftigen (Besonderheit des Einzelfalles). Unbegründete Toleranzen sind hingegen, selbst wenn sie noch so geringfügig sind, mit dem Gleichheitssatz unvereinbar (BVerwG vom 30.10.2002 - 5 C 11.01).

Die Marktangemessenheit der Regelungen wurde durch das für das Wohnungswesen zuständige Referat VII bestätigt.

Die weiteren Entscheidungsspielräume der Arge Nürnberg sind in der Arbeitsanleitung der Stadt Nürnberg dargestellt. Eine Differenzierung und Präzisierung zum Umgang mit Aufwendungen für die Unterkunft, die den angemessenen Umfang übersteigen, befindet sich derzeit im Abstimmungsprozess zwischen Arge Nürnberg und Sozialamt.

4. Zur Beantwortung der in dem Antrag der CSU-Stadtratsfraktion gestellten Fragen

Vorweg sei bemerkt, dass es bei dem Aufbau der Arge zwischen der Agentur für Arbeit Nürnberg und der Stadt Nürnberg keine grundsätzlichen Probleme gibt und dass das Klima der Zusammenarbeit offen und vertrauensvoll und aus Sicht von Ref. V insgesamt positiv zu bewerten ist. Dies ist nicht selbstverständlich und offensichtlich in anderen Kommunen und Agenturbezirken nicht überall so. Voraussetzung dafür ist ein grundsätzliches Verständnis für unterschiedliche Verwaltungstraditionen und -kulturen, die einerseits in einer von einem bundeseinheitlichen Verwaltungshandeln geprägten Bundesbehörde und andererseits in unterschiedlichen Kommunalverwaltungen bestehen. Auf dieser Grundlage ist es in Nürnberg immer wieder gelungen, Differenzen oder Probleme in Detailfragen einvernehmlich zu lösen, ggf. Kompromisse zu finden oder sich auf ein Verfahren zur Lösung zu verständigen. Wie rasch dies gelingen kann, hängt von der Problemstellung selbst und dem Verständnis der handelnden zuständigen Personen von beiden Seiten ab. In Nürnberg sind die Mitarbeiter/innen der Arge und die Verantwortlichen der Agentur für Arbeit Nürnberg und der Stadt Nürnberg motiviert, diese größte Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik gemeinsam erfolgreich zu bewältigen. Aus diesem Interesse, dass das Gesamtwerk gelingen soll, finden – unabhängig von der Tatsache, dass es in dem einen oder anderen Sachverhalt durchaus unterschiedliche Einschätzungen geben kann – keine Blockaden oder gegenseitigen Schuldvorwürfe statt und spielen Schwierigkeiten – die es natürlich auch gibt – nicht die entscheidende Rolle, die ihnen andernorts zugeschrieben wird.

Die bisherigen Probleme, Schwierigkeiten und Unklarheiten bewegen sich im Bereich dessen, was üblicherweise bei Neuorganisationen, verbunden mit Umzügen und der neuen Zusammensetzung von Mitarbeiter/innen in Teams, auftreten kann.

Insgesamt besteht überwiegend eine Stimmung, die Probleme zu lösen und nicht ständig auf sie hinzuweisen!

Zur Frage 1:

Vom Zentralbereich Steuerung Regionaldirektionen werden „Handlungsempfehlungen/ Geschäftsanweisungen“ (HE/GA) unmittelbar in das BA-Intranet gestellt. Sie haben Weisungscharakter. Nach Auffassung der Geschäftsführung der Arge Nürnberg liegt dieser vor, wenn sie unmittelbar mit der BMWA für dessen Leistungsbereich veranlasst sind, ebenso, wie wenn diese von der Stadt Nürnberg für ihren Leistungsbereich veranlasst sind. Sollten Erklärungen zu der Verbindlichkeit oder ein Beschluss durch die Trägerversammlung (strategische Leitlinie) erforderlich sein, wird dies durch die Geschäftsführung der Arge veranlasst.

Die Geschäftsanweisungen sind konstruktiv und seit Jahresbeginn im Umfang angemessen. Sie können (und wollen) die jeweilige lokale Situation jedoch nicht berücksichtigen. Deshalb hat die Arge Nürnberg in ihrer eigenen IT-Ablage verschiedene Ordner installiert, in die Anweisungen zum operativen Geschäft eingestellt werden. Es handelt sich um den Ordner „Markt und Integration“ und eine eigene Wissensdatenbank zu Leistungsfragen. Das der Arge Nürnberg zugeteilte Budget wird dadurch nicht tangiert.

Die Herausgabe von Handlungsempfehlungen und Geschäftsanweisungen gehört zu einer Vielzahl von zentralen Dienstleistungen und IT-Services, die das Verwaltungsbudget der Arge Nürnberg mit 4,258 Prozent vorab belasten.

Zur Frage 2:

Aus Gründen der Bürgerfreundlichkeit war es von Anfang an das Ziel, in der Arge eine integrierte Sachbearbeitung zu installieren, durch die sowohl Bundes- wie kommunale Leistungen veranlasst werden. Sämtliche Rechtsauslegungen zu den Anspruchsvoraussetzungen nach dem 2. Kapitel des SGB II (z.B. Bedarfsgemeinschaft, Erwerbsfähigkeit) wirken sich auch auf die Leistungen beider, und damit auch der kommunalen Träger, aus.

Zu Frage 3:

Kommunale Mitarbeiter haben nach derzeitiger Einschätzung ausreichenden und für ihre Arbeit notwendigen Zugriff zum Intranet der BA.

Zu Frage 4:

Siehe Punkt 2 der Vorlage.

Zu Frage 5:

Gegenwärtig existiert kein Entwurf für ein regionales Beschäftigungspaket für ältere Langzeitarbeitslose; in der ersten Jahreshälfte 2005 ist nicht damit zu rechnen. Die Arge hat in ihrem Arbeitsmarktprogramm bewusst den Schwerpunkt auf junge Menschen unter 25 Jahren und auf Alleinerziehende gelegt und bringt damit auch den Willen, arbeitsmarktliche und soziale Integration zu verzahnen, zum Ausdruck. Allerdings sind sich die beiden Träger der Arge grundsätzlich einig darüber, dass für ältere Langzeitarbeitslose gesonderte Maßnahmen ergriffen werden sollen. Wie diese aussehen können, ist abhängig von den vorhandenen Ressourcen und deren Prioritätensetzung sowie von den möglichen Instrumenten.

Zu Frage 6:

Der zeitliche Aufwand für die Pflichtstatistik ist angemessen. Aufgrund des Neuaufbaus der Arge Nürnberg und der Aufgabenfülle sind allerdings Engpässe nie auszuschließen.

Zu Frage 7:

Der ASD brachte acht Stellen in die Arge Nürnberg ein. Diese Mitarbeiter/innen werden im Bereich des Fallmanagements eingesetzt. Beide Träger der Arge waren sich bei der Planung der Arge einig, dass eine Trennung von psychosozialer Betreuung und Fallmanagement sehr schwierig sei, es sei denn, es stehen klar identifizierbare Probleme wie z.B. Sucht im Vordergrund. Deshalb hat man sich entschlossen, die psychosoziale Betreuung und das Fallmanagement zu integrieren. Diese Regelung dient auch dazu, Doppelarbeit zu vermeiden und den ASD nicht zu überlasten. Von diesen acht Stellen des ASD wird ein Anteil von zwei Stellen von der Stadt Nürnberg für die psychosoziale Betreuung finanziert. Die Stadt Nürnberg und die Agentur für Arbeit Nürnberg waren sich einig, dass die psychosoziale Betreuung durch die persönlichen Ansprechpartner der Arge Nürnberg und das darüber hinaus in Nürnberg bestehende soziale Netz ausreichend erbracht wird. Für den Bereich der Sucht finden derzeit noch Verhandlungen bezüglich des

Verfahrens und dessen Finanzierung statt. Hier werden von städtischer Seite zusätzliche Ressourcen erforderlich sein.

Zu Frage 8 und 9:

Siehe Punkt 3 der Vorlage.

5. Fazit

Der Start der Arge war trotz der Schwierigkeiten insgesamt erfolgreich.

Eine abschließende Beurteilung der Angemessenheit des Verfahrens und der Höhe der Erstattung der Kosten für Unterkunft nach § 22 SGB II kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden. Grundsätzlich scheint die in Nürnberg eingeschlagene Linie vernünftig. Zu dieser Einschätzung kommt auch der Bundesdirektor des DEUTSCHEN MIETERBUNDES, Dr. Franz-Georg Rips, der nach der Veranstaltung des DMB-Landesverbandes Bayern am 13.11.2004 festgestellt hat, dass ihm keine Stadt bekannt sei, die wie Nürnberg zu den Kosten der Unterbringung derart konkrete und detaillierte Problemlösungen entwickelt habe.

Unabhängig davon wird es erforderlich sein, auf Grundlage der vorliegenden Daten und Erfahrungen nachzusteuern und zu prüfen, ob der ausschließliche Bezug auf den Mietenspiegel ausreichend ist.

Seitens der Verwaltung wurde auf alle Hinweise und Anregungen immer wieder deutlich gemacht, dass die Entwicklung sorgsam beobachtet wird und vor der Einleitung konkreter Maßnahmen eine strukturelle Überprüfung sowie grundsätzlich eine Prüfung des Einzelfalls steht. Bezüglich der strukturellen Prüfung zeichnet sich ab, dass für die Mietnebenkosten ein höherer Betrag angesetzt werden muss. Allerdings ergibt sich dabei das Problem, welche Leistungen in die Mietnebenkosten eingerechnet werden. Auch erscheint es nach ersten Rückmeldungen in Einzelfällen so, dass für Bedarfsgemeinschaften mit mehreren Kindern der Wohnungsmarkt Grenzen setzt, die durch den Mietenspiegel nicht ausreichend abgebildet werden.

Eine mögliche Anpassung der Mietobergrenze, insbesondere was den aktuellen angemessenen Betriebskostenwert anbelangt, ist bereits in Auftrag gegeben.

Durch den Stopp der Anschreiben und den modifizierten, auf den Einzelfall abgestellten Umgang mit Aufwendungen für die Unterkunft, die den angemessenen Umfang übersteigen, ist ein Höchstmaß an flexiblem Umgang mit diesem Thema gesichert.

II. Beilagen

- Pressemitteilung Nr. 230 vom 23.03.2005
- Antrag SPD-Stadtratsfraktion vom 23.03.2005
- Antrag Bündnis 90 / Die Grünen Stadtratsfraktion vom 01.04.2005
- Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 04.04.2005
- Formschreiben 235a für die Arge Nürnberg mit Informationsblatt zu den KdU
- Formschreiben 235a der Stadt Nürnberg, Sozialamt ohne Informationsblatt
- Formschreiben 2s22_0_besch_unterk_unangemessen.doc
- Stellungnahme von Ref. VII zur Situation des Nürnberger Wohnungsmarktes, Kosten der Unterkunft i.R. von SGB II

III. Beschlussvorschlag

keiner, da Bericht

IV. Herrn OBM z.K.

Am 12. April 2005
Referat V

gez. Prölß